

► [Alle Meldungen](#) | ► [Über uns](#) | [Bilder](#) | [Dokumente](#) | ► [Pressetermine](#) | [Pressekontakt](#)

**Pressemitteilung vom 19.02.2007 | 10:41**

Die Linke. im Bundestag

0271/ 2007

18.02.2007

## **DIE LINKE. unterstützt Aufruf zu Aktionstag für ein Bleiberecht**

Am 24. Februar wird der Beschluss der Innenministerkonferenz zum Bleiberecht 100 Tage in Kraft sein. Aus diesem Grund rufen Initiativen zu einem bundesweiten Aktionstag auf. Die innenpolitische Sprecherin der Fraktion, Ulla Jelpke, und die migrations- und integrationspolitische Sprecherin, Sevim Dagdelen, erklären:

Mit Kundgebungen, Aktionen, Demonstrationen und Veranstaltungen werden sich zahlreiche Bleiberechtsinitiativen an die Öffentlichkeit wenden. In über zehn Städten von Hamburg bis München werden Betroffene und ihre Unterstützer/innen für ein dauerhaft wirksames Bleiberecht werben. DIE LINKE. teilt ihre Kritik, dass die bisherige Beschlusslage völlig unzureichend ist.

Fast 175.000 Menschen gelten in Deutschland als "geduldet". Ihnen wird bisher jede Integration in die Gesellschaft verweigert und damit jegliche Lebensperspektive genommen. Die Beschlusslage der Innenministerkonferenz ist genauso unzureichend wie die bisherigen Pläne der Koalition für eine Bleiberechtsregelung im Aufenthaltsgesetz. Beide wollen nicht Diskriminierung und Not von zehntausenden Menschen beseitigen, sondern das Problem unter administrativen Kosten-Nutzen-Rechnungen lösen. Wer wirtschaftlich nützlich ist, darf bleiben, die anderen müssen gehen.

Zentrales Kriterium der offiziellen Scheinlösung ist die wirtschaftliche Unabhängigkeit der "Geduldeten". Diejenigen, die jahrelang per Residenzpflicht in zugewiesenen Landkreisen festgehalten wurden, sollen sich nun innerhalb weniger Monate bundesweit um Arbeitsplätze bemühen. Arbeitgeber dürfen sich auf ein Potential extrem erpressbarer Arbeitssuchender freuen, die praktisch allen Konditionen zustimmen müssen - denn die Alternative heißt Abschiebung. Das ist Zynismus pur!

Kinder-, Jugend- und Flüchtlingsorganisationen fordern deswegen: "Das ganze Bleiberecht - ohne Wenn und Aber" und einen Abschiebestop für alle. Dieser Protest ist berechtigt, notwendig und wird von uns unterstützt.

Wer weitere Informationen sucht, kann sich unter <http://100tage.bleiberechtsbuero.de> kundig machen.

F.d.R.  
Hendrik Thalheim  
Deutscher Bundestag  
Fraktion DIE LINKE.  
Pressesprecher  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel: 030 227 52 800  
Fax: 030 227 56801  
Mobil: 0172 391 42 61

email: [hendrik.thalheim@linksfraktion.de](mailto:hendrik.thalheim@linksfraktion.de)

website: <http://www.linksfraktion.de>

Berlin - Veröffentlicht von pressrelations

Link zur Pressemitteilung: <http://www.pressrelations.de/new/standard/dereferrer.cfm?r=268111>